Stand: 10.11.2025 22:39:22

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/887

"Islamunterricht in Bayern: Vom Modellversuch zum Regelangebot"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/887 vom 27.02.2014
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/1527 des BI vom 02.04.2014
- 3. Beschluss des Plenums 17/1849 vom 07.05.2014
- 4. Plenarprotokoll Nr. 16 vom 07.05.2014



Bayerischer Landtag

27.02.2014

Drucksache 17/887

17. Wahlperiode

Antrag

der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote, Thomas Gehring, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Islamunterricht in Bayern: Vom Modellversuch zum Regelangebot

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Bildung und Kultus bis spätestens Ende Mai 2014 schriftlich und mündlich über die Evaluation des Modellversuchs "Islamischer Unterricht" und darüber zu berichten, wie der Modellversuch künftig in ein flächendeckendes und dauerhaftes Angebot eines gebundenen und konfessionellen Islamischen Unterrichts nach Art. 7 des Grundgesetzes überführt werden kann.

Insbesondere auf folgende Fragen soll im Rahmen des Berichts eingegangen werden:

I. Evaluation:

- Welche Ergebnisse hat die im Bericht des Kultusministeriums vom 7. Januar 2011 angekündigte Evaluation des Modellversuchs für das Schuljahr 2012/2013 gebracht und welche Zwischenergebnisse der Evaluation für das Schuljahr 2013/2014 liegen bereits vor?
- Wie viele Schulen waren insgesamt an dem Modellversuch beteiligt (aufgeschlüsselt nach Schularten und Klassenstufen)?
- Wie viele muslimische Schülerinnen und Schüler konnten insgesamt von dem Modellversuch erreicht werden und welchem prozentualen Anteil der Gesamtzahl muslimischer Schülerinnen und Schüler entspricht dies?
- Weshalb wurde der Modellversuch nur an einer sehr geringen Zahl weiterführender Schulen (v.a. Realschulen und Gymnasien) erprobt?
- Wie viele Lehrerinnen und Lehrer standen insgesamt für den Modellversuch zur Verfügung?
- Wie gestaltet sich die arbeitsrechtliche Situation dieser Lehrerinnen und Lehrer (befristete Arbeitsverträge, Angestellte ohne Befristung, Verbeamtung, Bezahlung nach Tarif)?

- Wie und wo wurden diese Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet?
- Inwiefern wurden bzw. werden Islamische Verbände in die Begleitung des Modellversuchs und in die Evaluation einbezogen?
- Inwiefern unterscheidet sich der im Rahmen des Modellversuchs angebotene "Islamische Unterricht" von einem vergleichbaren konfessionellen Angebot nach Art. 7 des Grundgesetzes?

II. Weiterentwicklung:

- Ist die Überführung des Modellversuchs in ein flächendeckendes und dauerhaftes Angebot eines gebundenen und konfessionellen Islamischen Religionsunterrichts nach Art. 7 des Grundgesetzes geplant und – falls nicht – welche Planungen bestehen hinsichtlich der Weiterentwicklung bzw. Ausweitung des Modellversuchs?
- Könnten die verschiedenen Modelle eines dauerhaften und konfessionellen Islamischen Religionsunterrichts in anderen Bundesländern (Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen) Vorbild für ein entsprechendes Angebot in Bayern sein?
- Sind der Staatsregierung Bemühungen zur Gründung einer Islamischen Religionsgemeinschaft bzw. zur Anerkennung als solche bekannt und welchen Einfluss haben diese Bemühungen auf die künftige Planung zur Weiterentwicklung des Islamischen Religionsunterrichts?
- Ist im Hinblick auf die Weiterentwicklung des Unterrichtsangebots eine Überarbeitung des Lehrplans nach dem Erlanger Modell geplant und wer soll daran beteiligt werden?
- Wie groß ist der derzeit geschätzte Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern für einen dauerhaften und konfessionellen Islamunterricht (nach Schularten)?
- Welche Pläne hat die Staatsregierung angesichts dieses Bedarfs, die universitäre Ausbildung von muslimischen Religionslehrerinnen und -lehrern an der Universität Erlangen-Nürnberg (oder anderen bayerischen Universitäten) auszubauen?

Begründung:

Bereits vor knapp 30 Jahren wurde an bayerischen Schulen mit der "Religiösen Unterweisung türkischer Schüler muslimischen Glaubens" ein erstes Modell für Islam-Unterricht eingeführt. Seit dem Beschluss des Landtags vom 13. Dezember 2000, einen Modellversuch "Islamische Unterweisung in deutscher Sprache" einzurichten, folgt ein Testlauf dem nächsten. Zuletzt wurde 2009 der fünfjährige Modellversuch "Islamischer Unterricht" gestartet. Dieser endet mit Ablauf des aktuellen Schuljahres.

Obwohl dies der bisher größte Testlauf war, hatten auch weiterhin lediglich ca. 10 Prozent der über 100.000 muslimischen Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, daran teilzunehmen. Wiederholt hat Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle darauf hingewiesen, dass es Ziel des Modellversuchs sei, Islamischen Religionsunterricht als ordentliches Schulfach einzuführen und dass davon "ein deutliches gesellschafts-

politisches Signal" ausgehe: "Islamische Religionsbildung soll nicht nur Moscheen und Koranschulen überlassen werden. Auch der Staat ist hier in der Verantwortung." (Süddeutsche Zeitung, 17. Mai 2010).

Trotz dieser Ankündigung werden im Hinblick auf die Einführung eines gebundenen und konfessionellen Islamischen Unterrichts nach Art. 7 des Grundgesetzes weiterhin vor allem die Hürden betont, die hier im Weg stünden. Andere Bundesländer, wie Nordrhein-Westfalen, Hessen oder Niedersachsen, haben stattdessen im engen Dialog mit den Verbänden nach Möglichkeiten gesucht, wie bekenntnisorientierter Islamunterricht im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben an den Schulen dauerhaft verankert werden kann. Diesem Vorbild gilt es auch in Bayern zu folgen. Schließlich muss sich die Tatsache, dass die bayerischen Muslime ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft sind, endlich auch im Schulalltag widerspiegeln.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 02.04.2014 **Drucksache**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/887

Islamunterricht in Bayern: Vom Modellversuch zum Regelangebot

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass der erste Absatz folgende Fassung erhält:

"Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Bildung und Kultus bis spätestens Ende Mai 2014 schriftlich und mündlich über die Evaluation des Modellversuchs "Islamischer Unterricht" zu berichten. Ob und wie der Modellversuch künftig in ein flächendeckendes und dauerhaftes Angebot eines gebundenen und konfessionellen Islamischen Unterrichts nach Art. 7 des Grundgesetzes überführt werden kann, soll im Anschluss beraten werden."

Berichterstatter: Thomas Gehring
Mitberichterstatterin: Carolina Trautner

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat den Antrag mitberaten.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner
 Sitzung am 20. März 2014 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.
- 3. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 2. April 2014 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Martin Güll Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

07.05.2014 Drucksache 17/1849

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote, Thomas Gehring, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/887, 17/1527

Islamunterricht in Bayern: Vom Modellversuch zum Regelangebot

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Bildung und Kultus bis spätestens Ende Mai 2014 schriftlich und mündlich über die Evaluation des Modellversuchs "Islamischer Unterricht" zu berichten. Ob und wie der Modellversuch künftig in ein flächendeckendes und dauerhaftes Angebot eines gebundenen und konfessionellen Islamischen Unterrichts nach Art. 7 des Grundgesetzes überführt werden kann, soll im Anschluss beraten werden.

Insbesondere auf folgende Fragen soll im Rahmen des Berichts eingegangen werden:

I. Evaluation:

- Welche Ergebnisse hat die im Bericht des Kultusministeriums vom 7. Januar 2011 angekündigte Evaluation des Modellversuchs für das Schuljahr 2012/2013 gebracht und welche Zwischenergebnisse der Evaluation für das Schuljahr 2013/2014 liegen bereits vor?
- Wie viele Schulen waren insgesamt an dem Modellversuch beteiligt (aufgeschlüsselt nach Schularten und Klassenstufen)?
- Wie viele muslimische Schülerinnen und Schüler konnten insgesamt von dem Modellversuch erreicht werden und welchem prozentualen Anteil der Gesamtzahl muslimischer Schülerinnen und Schüler entspricht dies?
- Weshalb wurde der Modellversuch nur an einer sehr geringen Zahl weiterführender Schulen (v.a. Realschulen und Gymnasien) erprobt?
- Wie viele Lehrerinnen und Lehrer standen insgesamt für den Modellversuch zur Verfügung?

- Wie gestaltet sich die arbeitsrechtliche Situation dieser Lehrerinnen und Lehrer (befristete Arbeitsverträge, Angestellte ohne Befristung, Verbeamtung, Bezahlung nach Tarif)?
- Wie und wo wurden diese Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet?
- Inwiefern wurden bzw. werden islamische Verbände in die Begleitung des Modellversuchs und in die Evaluation einbezogen?
- Inwiefern unterscheidet sich der im Rahmen des Modellversuchs angebotene "Islamische Unterricht" von einem vergleichbaren konfessionellen Angebot nach Art. 7 des Grundgesetzes?

II. Weiterentwicklung:

- Ist die Überführung des Modellversuchs in ein flächendeckendes und dauerhaftes Angebot eines gebundenen und konfessionellen islamischen Religionsunterrichts nach Art. 7 des Grundgesetzes geplant und – falls nicht – welche Planungen bestehen hinsichtlich der Weiterentwicklung bzw. Ausweitung des Modellversuchs?
- Könnten die verschiedenen Modelle eines dauerhaften und konfessionellen islamischen Religionsunterrichts in anderen Bundesländern (Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen) Vorbild für ein entsprechendes Angebot in Bayern sein?
- Sind der Staatsregierung Bemühungen zur Gründung einer Islamischen Religionsgemeinschaft bzw. zur Anerkennung als solche bekannt und welchen Einfluss haben diese Bemühungen auf die künftige Planung zur Weiterentwicklung des islamischen Religionsunterrichts?
- Ist im Hinblick auf die Weiterentwicklung des Unterrichtsangebots eine Überarbeitung des Lehrplans nach dem Erlanger Modell geplant und wer soll daran beteiligt werden?
- Wie groß ist der derzeit geschätzte Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern für einen dauerhaften und konfessionellen Islamunterricht (nach Schularten)?
- Welche Pläne hat die Staatsregierung angesichts dieses Bedarfs, die universitäre Ausbildung von muslimischen Religionslehrerinnen und -lehrern an der Universität Erlangen-Nürnberg (oder anderen bayerischen Universitäten) auszubauen?

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Listennummer 12, die einzeln beraten werden soll. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine Gegenstimme, keine Enthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)

Es			

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses

(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD Weiterentwicklung der bayerischen Agrarumweltprogramme Teil I: Etablierung einer Junglandwirteförderung Drs. 17/528, 17/1623 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD Weiterentwicklung der bayerischen Agrarumweltprogramme Teil II: Sockelförderung für die ersten Hektare eines Betriebs Drs. 17/529, 17/1624 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD Weiterentwicklung der bayerischen Agrarumweltprogramme Teil III: Einführung der neuen KuLaP-Maßnahme ein- und mehrjährige Blühstreifen Drs. 17/530, 17/1625 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD Weiterentwicklung der bayerischen Agrarumweltprogramme Teil IV: Erhöhung der Umstellungsprämie für den Ökolandbau Drs. 17/531, 17/1626 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD Weiterentwicklung der bayerischen Agrarumweltprogramme Teil VI: Etablierung praxistauglicher Gewässerschutzprogramme Drs. 17/533, 17/1628 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	ENTH

6.	Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD Weiterentwicklung der bayerischen Agrarumweltprogramme Teil VII: Etablierung eines Heckenpflegeprogramms und Förderung der Neuanlage von Hecken Drs. 17/534, 17/1629 (A)
	DIS. 17/334, 17/1029 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD Weiterentwicklung der bayerischen Agrarumweltprogramme Teil VIII: Integrative Waldschutzkonzepte Drs. 17/535, 17/1630 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Bezahlbaren Wohnraum sichern: Mieterschutz weiter verbessern Drs. 17/582, 17/1680 (A)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht über die Verankerung der Lehr- und Lernmethode des "Service Learning" an Schulen Drs. 17/613, 17/1525 (ENTH)

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO Votum des mitberatenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Karl Freller u.a. CSU

Monitoring für die Beurteilung Teilzeitbeschäftigter des öffentlichen Dienstes in Bayern einführen!

Drs. 17/629, 17/1743 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Franz Schindler, Horst Arnold u.a. SPD Neue Erkenntnisse zum Oktoberfestattentat am 26. September 1980 Drs. 17/632, 17/1502 (E)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Paul Wengert, Horst Arnold, Klaus Adelt u.a. SPD Rechtsverordnung für gastronomische Freischankflächen in Anlehnung an die Bayerische Biergartenverordnung Drs. 17/644, 17/1582 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Missbräuchliche Wildfütterung Drs. 17/683, 17/1583 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Helga Schmitt-Bussinger, Angelika Weikert u.a. SPD
 zusätzliche Stellen für den Streifendienst bei der Nürnberger Polizei Drs. 17/729, 17/1704 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			ENTH

 Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. und Fraktion (SPD) Anhörung zur Situation und zum Reformbedarf im Maßregelvollzug in Bayern Drs. 17/730, 17/1639 (E)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		团	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Einbindung der Kommunen und Regionen in das neue Beratungsgremium der EU-Kommission für das Freihandelsabkommen und in die "stakeholder briefings" Drs. 17/756, 17/1688 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

17. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martina Fehlner u.a. SPD

Erhöhung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten Drs. 17/758, 17/1744 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Dunkelfeldforschung zum Thema Menschenhandel -Sexuelle Ausbeutung

Drs. 17/777, 17/1521 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ausbau der S-Bahn Nürnberg Stufe 3 Drs. 17/779, 17/1737 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD Bericht zur Neubesetzung von Spitzenpositionen großer staatlicher Kultureinrichtungen Drs. 17/786, 17/1442 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Franz Schindler, Alexandra Hiersemann u.a. SPD Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung Drs. 17/788, 17/1640 (E)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Anlage 1
zur 16. Vollsitzung am 7. Mai 2014

22.	Antrag der Abgeordne	ten Margit Wild, Martii	n Güll Kathi Petersen	ua SPD	
<i></i> .	Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Martin Güll, Kathi Petersen u.a. SPD Situation der Berufsschulen Drs. 17/813, 17/1526 (E)				
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
23.	Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Martin Schöffel, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Bericht zum KULAP Drs. 17/815, 17/1584 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
		团	团	Z	
24.	Antrag der Abgeordne Dr. Paul Wengert u.a. Drogenfund bei der Ba Drs. 17/817, 17/1425	SPD ayerischen Polizei	ul Gantzer, Markus Rir	nderspacher	
	Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	团		团		

25. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Aufklärung des Drogenfunds beim Chef der Kemptener Drogenfahndung Drs. 17/818, 17/1426 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

26. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Altenpflege in Bayern zukunftssicher machen IV
Pflegebedürftige und pflegende Menschen durch Entbürokratisierung und Deregulierung der Pflege entlasten
Drs. 17/822, 17/1733 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Altenpflege in Bayern zukunftssicher machen V Verbindliches Personalbemessungsverfahren einführen Drs. 17/823, 17/1734 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

28.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
	Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	Altenpflege in Bayern zukunftssicher machen VI
	Einführung eines ganzheitlichen Pflegebedürftigkeitsbegriffs auf Bundesebene
	beschleunigen
	Drs. 17/824, 17/1735 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH		Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht über die bayernweiten Ergebnisse des Projekts "Bürgerarbeit" Drs. 17/871, 17/1730 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Islamunterricht in Bayern: Vom Modellversuch zum Regelangebot Drs. 17/887, 17/1527 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
 Jahr Liberalisierung des Fernbusmarkts Drs. 17/903, 17/1736 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD) Hochwasserschutz in Bayern hier: Durchführung einer Anhörung Drs. 17/905, 17/1740 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD, Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Berichtsantrag zur Zukunft der Katholischen Universität Eichstätt – Ingolstadt Drs. 17/918, 17/1443 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht zur Sumpfsiebproblematik beim Atomkraftwerk Gundremmingen Drs. 17/932, 17/1741 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. und Fraktion (CSU) Bericht zum Wildtiermanagement große Beutegreifer Drs. 17/1470, 17/1616

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

Anträge, bei denen gemäß § 126 Abs. 3 der Geschäftsordnung das abweichende Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen der Abstimmung zugrundezulegen ist:

36. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD Weiterentwicklung der bayerischen Agrarumweltprogramme Teil V: Etablierung von freiwilligen Tierwohlmaßnahmen Drs. 17/532, 17/1627 (E)

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

37.	Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD Weiterentwicklung der bayerischen Agrarumweltprogramme Teil IX: Förderung des Leguminosenanbaus Drs. 17/536, 17/1631 (E) [X]
	Votum des mitberatenden Ausschusses für

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Sanierungsbedarf an öffentlichen Internatsschulen in staatlicher Trägerschaft Drs. 17/583, 17/1524 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Straßenbahnförderung erleichtern Drs. 17/679, 17/1578 (A) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z